



Presseschau vom 04.09.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, Korrespondent und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, Korrespondent und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

de.sputniknews.com: Sprecherin des russischen Außenministeriums: „Schwarzer Tag für US-Diplomatie“

Die offizielle Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, bewertete die amerikanischen Durchsuchungen in den russischen diplomatischen Vertretungen in den USA am 2. September als einen „schwarzen Tag in der Geschichte der amerikanischen Diplomatie“. Diesen Kommentar gab sie dem russischen Fernsehsender „Rossija 1“.

„Das ist eindeutig ein schwarzer Tag in der Geschichte der amerikanischen Diplomatie und in der Arbeit der amerikanischen Geheimdienste“, erklärte Sacharowa.

Die USA hätten somit ihre eigenen Geheimdienste bloßgestellt, so die Sprecherin weiter. Ebenfalls unterstrich sie: „Der große Staat, der die Rolle eines Weltpolizisten spielen will, beschäftigt sich selbst mit einer totalen Gesetzlosigkeit“..

de.sputniknews.com: Xi will gemeinsam mit Putin Frieden schützen

Das chinesische Staatsoberhaupt Xi Jinping hat laut der Nachrichtenagentur Xinhua bei seinem Treffen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin die Bereitschaft Pekings geäußert, die strategische Zusammenarbeit mit Moskau zu stärken und den internationalen Frieden und die Stabilität zusammen zu schützen.

„China ist bereit, mit Russland zusammenzuarbeiten, um die beiderseitigen Beziehungen auf ein noch höheres Niveau zu heben, die Entwicklung von einander zu fördern und mit allen Kräften den internationalen und regionalen Frieden und die Stabilität zu schützen“, sagte Xi.

Moskau und Peking sollen demzufolge das bereits hohe Niveau des gegenseitigen politischen Vertrauens, die gegenseitige Unterstützung sowie die strategische Zusammenarbeit weiter stärken.

Der chinesische Staatschef betonte die Notwendigkeit, die Projekte der gegenseitigen Zusammenarbeit in den Bereichen Energie, Atom und Aviation zu verwirklichen sowie die Verbindung zwischen dem wirtschaftlichen Gürtel der Seidenstraße und der Eurasischen Wirtschaftsunion aktiv zu fördern.

Am Sonntag hatten sich das chinesische Staatsoberhauptes Xi Jinping und der russische Präsident Wladimir Putin in der Stadt Xiamen getroffen. Der russische Präsident war in der chinesischen Stadt eingetroffen, um am diesjährigen Gipfel der BRICS-Staaten teilzunehmen.

Vormittags:

de.sputniknews.com: Wegen Notlage: Russische Hilfsgüter und medizinische Hilfe für Bewohner von Kusseir

Russland hat Lebensmittel in die syrische Stadt Kusseir im Südwesten der Provinz Homs bringen lassen. Grund dafür ist die „elende humanitäre Lage“ in dem Ort, so das russische Zentrum für Versöhnung der Konfliktparteien in Syrien.

Der Sprecher des Versöhnungszentrums, Gennadi Konstantinow, begründete die Lieferung der Hilfspakete mit Lebensmitteln mit der schlechten humanitären Lage in Kusseir. 400 Hilfspakete seien in die Stadt gebracht worden, sagte er.

Die Ortschaft sei gewählt worden, da sie an der Grenze einer Deeskalationszone liege. Außerdem sei die Bevölkerung der Stadt multikonfessionell. „Zum Dritten ist hier die einzige Bürgermeisterin in der ganzen Provinz Homs tätig. Um ihre Tätigkeit zu unterstützen, wurde die Entscheidung getroffen, Lebensmittel hierher zu liefern.“

Die Hilfspakete würden Mehl, Zucker und Reis enthalten, so Konstantinow. Das gesamte Gewicht der Hilfsgüter betrage rund zwei Tonnen. Zuvor hätten Vertreter des Versöhnungszentrums die Stadt besucht, um die Lage zu erkunden, sich mit der Bürgermeisterin zu treffen und den Ort der Verteilung von Hilfsgütern und die Bewachung zu vereinbaren. Zudem sei bestimmt worden, welche Ortsbewohner am meisten Hilfe brauchen würden.

Während die Hilfsgüter verteilt wurden, behandelten russischen Militärärzte mehrere Dutzende Bewohner. Laut einem Militärarzt des Versöhnungszentrums haben Kampfhandlungen und Beschuss durch die Oppositionellen dazu geführt, dass medizinische Einrichtungen in der Stadt nicht mehr funktionieren.

Russische Ärzte hätten alle Einwohner behandelt, die sich an sie gewandt hätten, darunter Frauen, Kinder und bejahrte Menschen, hieß es. Die Patienten würden vor allem an Herz- und Kreislauferkrankungen sowie Kopfschmerzen und hohem Blutdruck leiden. Ein großes Problem sei, dass Kinder in der Stadt und deren Umgebung überhaupt keine medizinische Hilfe erhalten, so der Vertreter der medizinischen Abteilung des Versöhnungszentrums. Das Versöhnungszentrum werde den Zivilisten auch weiter medizinische Hilfe leisten.

Kusseir ist 15 Kilometer von der Grenze zu Libanon entfernt. Die Stadt und deren Umgebung waren während einer längeren Zeit unter Kontrolle der bewaffneten syrischen Regierungsgegner. Die Straßen in der Region waren für Waffenlieferungen und Verlegung von Terroristen nach Homs genutzt worden. Dadurch war die Stadt mehrmals zum Ort von Kämpfen zwischen den Regierungstruppen und der bewaffneten Opposition geworden.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31729/32/317293293.jpg>

de.sputniknews.com: Moskau reagiert auf Nato-Vorwürfe wegen "Zapad 2017"

Die von der NATO erhobenen Vorwürfe in Bezug auf die strategischen Übungen "Zapad 2017" ("Westen 2017") sind laut dem russischen Vizeaußenminister Alexej Meschkow grundlos.

"Russland hat die NATO-Länder über die bevorstehenden russisch-weißrussischen Übungen „Zapad 2017“ ausführlich informiert“, sagte Meschkow.

Ihm zufolge wollen die Länder, die grundlose Vorwürfe machen, die Situation kurz vor den Übungen zuspitzen. Vor allem seien das Staaten, welche die militärischen Kontakte zwischen Russland und Weißrussland stören wollen.

Die russisch-weißrussischen Übungen „Zapad 2017“ werden von 14. bis 20. September in Weißrussland durchgeführt. Bis zu 12 700 Soldaten – 7200 weißrussische und 5500 russische — nehmen daran teil.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **siebenmal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit.**

Beschossen wurden die Gebiete von Frunse, Kalinowo, Krasnyj Jar, Losowoje und Nishneje Losowoje.

Es wurde mit Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

de.sputniknews.com: Moskau: Militärische Antwort auf THAAD-Verlegung in Südkorea nicht ausgeschlossen

Russland kann gezwungen werden, militärische Gegenmaßnahmen für die Schaffung eines Gegengewichts zur Verlegung der US-Raketenabwehrsysteme in Südkorea zu ergreifen. Das sagte der russische Vize-Außenminister Sergej Rjabkow.

„Wenn alles in diesem alarmierenden Tempo weiter geht, wird es ab einem bestimmten Zeitpunkt nicht mehr zu vermeiden sein, dass die Frage über unsere Reaktion im militärischen Sinne aufkommt, bezüglich der Schaffung von Gegengewichten“, sagte Rjabkow.

Zudem verwies der russische Vize-Außenminister darauf, dass Japan plane, die bodengestützten ortsfesten US-Raketenabwehrsysteme Aegis Ashore auf seinem Territorium

zu stationieren.

„Das ist besorgniserregend für uns und das haben wir unseren japanischen Kollegen mitgeteilt“, fügte er hinzu.

Im vergangenen Jahr hatte Seoul beschlossen, das US-amerikanische Raketenabwehrsystem THAAD im Land zu stationieren, das Kurz- und Mittelstreckenraketen in großen Höhen abfangen soll. Seine Reichweite beträgt knapp 200 Kilometer. Das System soll nordkoreanische Raketen effektiv abfangen können.

China und Russland treten gemeinsam gegen die THAAD-Stationierung in Südkorea auf.

Dan-news.info: „In der Folge von Beschüssen von Seiten der ukrainischen Truppen wurden zwei Häuser in **Sajzewo** in der Karbyschew-Straße 92, 94 beschädigt“, teilte der Bürgermeister von Gorlowka Iwan Prichodko mit. Informationen über Verletzte werden ermittelt.

Nachmittags:

de.sputniknews.com: China appelliert: Rechte russischer Diplomaten in San Francisco einhalten

China tritt für die Beachtung der Rechte aller Diplomaten ein, ungeachtet dessen, in welchem Land sie tätig sind, teilte der Sprecher des Außenministeriums, Geng Shuang, am Montag vor der Presse in Peking mit.

Das Problem um die überraschende Schließung des russischen Generalkonsulats in San Francisco solle mittels eines respektvollen Dialogs gelöst werden.

„Gemäß dem Text des Wiener Übereinkommens über diplomatische Beziehungen und anderen internationalen Rechtsnormen muss jeder Staat normale Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter von diplomatischen Vertretungen auf seinem Territorium gewährleisten und die notwendigen Bedingungen für die Erfüllung ihrer Pflichten schaffen“, sagte Geng.

Russland und die USA seien Großmächte, die über einen großen Einfluss auf der internationalen Bühne verfügen würden und die eine große Verantwortung für die Aufrechterhaltung des Friedens und der Stabilität hätten. Deswegen hoffe Peking, dass Moskau und Washington das aktuelle Problem auf der Grundlage des internationalen Rechts und gegenseitigen Respekts regeln können..

Dan-news.info: Die gesellschaftliche Kommission zur Feststellung von Kriegsverbrechen der ukrainischen Regierung im Donbass hat während der Zeit ihrer Arbeit Materialien mit Informationen über 328 in der Folge der Aggression Kiews getötete oder verletzte Einwohner der DVR an den internationalen Strafgerichtshof übergeben. Dies teilte das Mitglied der Kommission, die Rechtsanwältin Jelena Schischkina mit.

„Insgesamt hat die Kommission in der Zeit ihrer Tätigkeit Materialien mit Informationen über 115 im Verlauf der militärischen Aggression Kiews getötete und 213 verletzte Einwohner der DVR an den internationalen Strafgerichtshof übergeben, darunter sind 81 getötete und 121 verletzte Erwachsene und 34 getötete und 92 verletzte Minderjährige“, sagte Schischkina. Allein im August dieses Jahres hat die Kommission dem Staatsanwalt des Strafgerichtshofs Beweismaterialien über 25 solcher Fälle übergeben, bei denen 16 Menschen getötet wurde, weitere 25 wurden unterschiedlich schwer verletzt.

Wir erinnern daran, dass die gesellschaftliche Kommission ihre Arbeit offiziell Mitte 2015 aufgenommen hat. Zu ihr gehören Spezialisten verschiedener Bereiche, vor allem aus der

Rechtswissenschaft und der Kriminalistik. In der DVR arbeitet zu Fragen der Feststellung von Kriegsverbrechen der ukrainischen Regierung in Donbass und zur Sammlung von Beweisen dafür auch eine Spezialkommission, die auf Erlass des Republikoberhauptes Alexandr Sachartschenko gebildet wurde.

de.sputniknews.com: Ukrainische Justiz will in EU „halbe Tonne Gold“ mit Arrest belegt haben

Rund 500 Kilogramm Gold sind in der Europäischen Union auf Begehren aus Kiew mit Arrest belegt worden – behauptet Jewgeni Jenin, stellvertretender Generalstaatsanwalt der Ukraine. Nach Angaben der Kiewer Justiz gehört der Schatz der Umgebung des 2014 gestürzten Staatschefs Viktor Janukowitsch.

„Vor wenigen Wochen bekamen wir aus einem europäischen Land im Rahmen einer Zusammenarbeit Informationen über das Belegen einer großen Goldmenge mit Arrest“, sagte Jenin in einem Interview mit der Zeitung „Insider“ (Montagausgabe).

Präsident Janukowitsch war im Februar 2014 von seinen Gegnern gestürzt und — aus Angst um sein Leben — zuerst in das ostukrainische Industriegebiet Donbass und dann ins benachbarte Russland geflohen.

Dem Umsturz waren gewaltsame Ausschreitungen auf dem Kiewer Hauptplatz Maidan vorausgegangen, bei denen mehr als 100 Demonstranten und Ordnungskräfte getötet wurden. Viele wurden von unbekanntem Schützen erschossen. Die neue Führung machte die Vorgängerregierung für die Tode verantwortlich.

Doch schon zwei Wochen später sprach der estnische Außenminister Urmas Paet in einem abgehörten Telefonat mit der EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton von Hinweisen darauf, dass hinter den Todesschüssen nicht Janukowitsch, sondern jemand von der neuen Regierungskoalition gestanden habe.

Eine gründliche Aufklärung blieb jedoch aus. Laut UN-Angaben wurden wichtige Indizien zum Blutbad nach dem Machtwechsel in Kiew vernichtet. Die neue Regierung warf Janukowitsch vor, mehr als 7,4 Milliarden Dollar aus der ukrainischen Staatskasse entwendet zu haben. Der Ex-Präsident bestreitet das.

de.sputniknews.com: USA und Ukraine werden Russland und Weißrussland aus der Luft beobachten

Die USA und die Ukraine werden vom 4. bis zum 8. September einen Beobachtungsflug im Rahmen des Vertrages über den Offenen Himmel über Russland und Weißrussland unternehmen.

In einem Bericht, der auf der Webseite des weißrussischen Verteidigungsministeriums veröffentlicht wurde, heißt es, das Ziel des Beobachtungsfluges sei die Kontrolle über die militärische Tätigkeit auf den Territorien Russlands und Weißrusslands.

Der Vertrag über den Offenen Himmel (OH-Vertrag oder Open Skies) war im Jahr 1992 in Helsinki von 27 Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE, jetzt Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa – OSZE) unterzeichnet worden. Ziel ist es, die gegenseitige Verständigung und das gegenseitige Vertrauen zu festigen. Russland ratifizierte den Vertrag am 26. Mai 2001.

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR
Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Im Zusammenhang mit der niedrigen Ausstattung der Einheiten in der „ATO“-Zone hat das Kommando der ukrainischen Streitkräfte die Entscheidung getroffen, die **Rotationsmaßnahmen der dorthin abkommandierten Soldaten um sechs Monate zu verschieben.**

Der moralisch-psychischen Zustand des Personals der ukrainischen Streitkräfte hat sich deutlich verschlechtert.

Die Soldaten weigern sich, die Verträge zu verlängern und schreiben Anträge, um sie aufzulösen.

Außerdem ist wegen der sich häufenden Fälle von Alkohol- und Drogenmissbrauch im Verantwortungsbereich der 10. Gebirgsturmgrade dort eine Kommission des übergeordneten Stabs unter Leitung von Oberst Schewtschenko eingetroffen.

Ziel der Arbeit der Kommission ist die Aufdeckung von Fällen von Verletzung der militärischen Disziplin sowie die Bewertung der Arbeit des Brigadekommandos, um in der Folge organisatorische Maßnahmen in Bezug auf diese durchzuführen.

Im Gebiet von Popasnaja wurde ein ukrainischer Soldat getötet, zwei weitere verletzt, als ein Schützenpanzer des 108. Bataillons der 10. Gebirgsturmgrade auf eine Mine geriet.

Die erbarmungslose Verminung der grenznahen Gebiete durch die ukrainische Seite führt regelmäßig zu Opfern sowohl unter der Zivilbevölkerung als auch unter den Soldaten der ukrainischen Streitkräfte.

de.sputniknews.com: Berlin schuldet Warschau Reparationen in Milliarden-Höhe – Polens Außenminister

Warschau rechnet laut dem polnischen Außenminister Witold Waszczykowski mit einer Entschädigung in Höhe von einer Billion US-Dollar (umgerechnet etwa 840 Milliarden Euro) aus Deutschland.

Genauere Berechnungen seien zwar mehr als 70 Jahre lang nicht erfolgt, sagte Waszczykowski am Montag dem Radiosender RFM FM. Tatsache sei aber, dass das Land im Zweiten Weltkrieg „komplett zerstört“ worden sei, was Polen das Recht gebe, mit einer so großen Entschädigung zu rechnen.

„Wir sollten uns zu einem ernstem Gespräch mit den Deutschen zusammensetzen und gemeinsam überlegen, wie man das Problem lösen kann“, sagte der polnische Außenminister. Ende August hatte Polens Ministerpräsidentin Beata Szydło mitgeteilt, dass die Regierung noch keine endgültige Entscheidung bezüglich der Reparationszahlungen durch Deutschland getroffen habe. Warschau wolle nach den politischen Diskussionen Verhandlungen auf der diplomatischen Ebene führen.

Zuvor war berichtet worden, dass der polnische Verteidigungsminister Antoni Macierewicz sagte, sein Land habe nie auf Entschädigungen durch Deutschland verzichtet, weil es aus rechtlicher Sicht alle Gründe habe, solche Zahlungen zu fordern. Die Bundesregierung gab indes zu verstehen, dass die Frage der deutschen Entschädigungen an Polen endgültig abgeschlossen ist.

Polen will laut der polnischen Regierungspartei PiS Kriegsreparationen nicht nur von Deutschland, sondern auch von Russland fordern – und zwar für den Friedensvertrag von Riga aus dem Jahr 1921, der den Polnisch-Sowjetischen Krieg von 1919 bis 1921 beendete.

Dan-news.info: „Von den sprengstofftechnischen Einheiten der Zivilschutzministeriums der DVR wurden in der letzten Woche 1534 explosive Objekte entdeckt und entschärft“, teilte der Leutnant des Zivilschutzes, die Leiterin der Abteilung für Kommunikation und internationale Aktivitäten des Zivilschutzministeriums der DVR Natalja Getowa mit.

Sie fügte hinzu, dass dabei mehr als 451 Hektar verschiedener Territorien, 30.000 Quadratmeter Gebäude, 23 Fahrzeuge und fünf Kilometer Straße untersucht wurden.

Die Zivilschutzkräfte der DVR führen regelmäßig Maßnahmen zur Suche und Entschärfung von explosiven Objekten durch. Darunter sind nicht detonierte Minen, Geschosse und andere Munition.

de.sputniknews.com: Erste islamische Akademie in Russland eröffnet

Die erste islamische Akademie, die mit Unterstützung des russischen Präsidenten entstanden ist und ein wissenschaftliches, theologisches und pädagogisches Zentrum für die Ausbildung hochqualifizierter Spezialisten werden soll, ist am Montag in der Stadt Bolgar (russische Teilrepublik Tatarstan) eröffnet worden.

Das Hauptziel der Akademie ist die Herausbildung einer inländischen islamischen theologischen Schule.

Im August dieses Jahres hatte die islamische Akademie eine Lizenz für das Erweisen von Bildungsdienstleistungen bekommen. Die ersten Studenten, nach Angaben des Rektors der islamischen Akademie, Rafik Muchametschin, werden 36 Menschen aus Kasan, Ufa, Moskau und Dagestan sein. Nach den Aufnahmeprüfungen waren 27 Studenten für das Master- und neun für ein Doktorandenstudium immatrikuliert worden. Es gibt laut dem Rektor zwei Fachbereiche- „Islamisches Recht“ und „Islamisches Denken und islamischer Glauben“. Eine obligatorische Voraussetzung für die Aufnahme war ein erster Hochschulabschluss (Bachelor-Abschluss) und arabische Sprachkenntnisse. Das Studium ist kostenlos. Die Studenten können für die Zeit ihres Studiums direkt in der Akademie wohnen.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31729/98/317299805.jpg>

de.sputniknews.com: OSZE will zwischen Russland und USA vermitteln

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) ist laut deren Generalsekretär Thomas Greminger bereit, zu einer Plattform für die Regelung der Probleme zwischen den USA und Russland zu werden.

„Wir leben in einer sehr herausfordernden Zeit. Der Wille zusammenzuarbeiten, ist sehr wichtig“, sagte Greminger.

Gespräche zwischen den USA und Russland auf OSZE-Ebene auszurichten sei besonders notwendig, weil die bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Ländern politisiert seien. Die OSZE könne in einem zunehmenden Konflikt zwischen Russland und den USA vermitteln.

„Hier sehe ich sehr viel Potential“, so der Generalsekretär.

Es sei nötig, aktiver und regelmäßiger vielseitige Plattformen wie die OSZE zu nutzen. Letzten Endes hänge das von den Mitgliedstaaten ab, ob sie selbst davon Gebrauch machen wollen würden. Die OSZE sei nicht sehr flexibel in formalen Vorgängen, aber ziemlich flexibel in allem, was informelle Vorgänge betreffe...

Armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

Die ukrainische Seite zeigt weiterhin ihr „selektives“ Herangehen an die Friedensvereinbarungen und ihr unmenschliches Verhältnis zu den Bürgern der DVR, indem sie Ortschaften der Republik beschießt.

In den letzten 24 Stunden wurden **23 Verletzungen** des Regimes der Feueinstellung von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte aus festgestellt.

In Richtung Donezk hat der Gegner Mörser, Schützenpanzer, Schützenpanzerwagen und Schusswaffen verwendet. Auf **sieben Ortschaften** und die umliegenden Gebiete wurden drei Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und zehn Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen.

In Richtung Mariupol hat der Gegner Artillerie, Panzer, Mörser, Schützenpanzer, Schützenpanzerwagen und Schusswaffen verwendet. Auf **zwei Ortschaften** und die umliegenden Gebiete wurden ein Artilleriegeschoss des Kalibers 152mm, 6 Panzergeschosse, 6 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 8 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen.

In Richtung Gorlowka hat der Gegner **Sajzewo** mit Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern verschiedener Art und Schusswaffen beschossen.

Es sind nicht abgestimmte Aktionen der Einheiten der ukrainischen Streitkräfte und der Kämpfer der terroristischen Organisation „Rechter Sektor“, die in deren Verantwortungsbereichen agieren, zu bemerken. Unter anderem hat der Kommandeur einer der Einheiten der ukrainischen Nationalisten, die nicht mit dem zeitweiligen Verbot zur Eröffnung des Feuers durch das Militärkommando zufrieden sind und die in Kurachowo stationiert sind, die Entscheidung getroffen, eine **weitere Provokation** durchzuführen, die er nicht mit dem Kommando der „ATO“ abgestimmt hat.

Eine **Gruppe von Kämpfern des „Rechten Sektors“** versuchte, unbemerkt in die „graue Zone“ südlich von Marjinka einzudringen, aber noch auf dem Weg dorthin haben ukrainische Soldaten die Diversions- und Erkundungsgruppe der Nationalisten für Diversanten des Gegners gehalten. Daraufhin wurde das Feuer mit Mörsern des Kalibers 82mm auf sie eröffnet. In der Folge wurde ein Kämpfer vernichtet, vier wurden verletzt. Die Verletzten wurden in das Stadtkrankenhaus von Kurachowo und in das 66. mobile Militärhospital in Krasnoarmejsk gebracht. Zu diesem Fall führt der Stab der „ATO“ eine Ermittlung durch. Nach uns vorliegenden Informationen bereitet das ukrainische Militärkommando gemeinsam mit dem Sicherheitsdienst der Ukraine eine **Reihe gewaltsamer Maßnahmen in Bezug auf die unkontrollierten Kämpfer des „Rechten Sektors“** vor.

Soldaten der Volksmiliz der DVR, die sich im Gebiet der Kontaktlinie befinden, haben SMS-Mitteilungen an Teilnehmer der ATO mit dem Aufruf, am 5. und 6. September zu einer Kundgebung zu kommen, erhalten.

Uns wurde bekannt, dass das Kommando der Nationalgarde den Befehl erhalten hat, einen Teil der Einheiten aus der ATO-Zone abzuziehen, um die Ordnung in Kiew während der Kundgebungen am Gebäude der Obersten Rada aufrechtzuerhalten.

Um Provokationen und Massenunruhen zu verhindern, wurden **den Einheiten der Nationalgarde erlaubt, gegenüber Personen, die die öffentliche Ordnung grob verletzen, ohne Vorwarnung Waffen zu verwenden.**

de.sputniknews.com: Polen fordert von Russland wieder Reparationen – diesmal aus 100 Jahre altem Vertrag

30 Millionen Goldrubel hatte Sowjetrussland Polen 1921 im Friedensvertrag von Riga zugesagt. Nach dem Zweiten Weltkrieg hat Warschau dann erklärt, auf diese Reparationszahlungen zu verzichten. Jetzt fordern polnische Politiker diese Summe wieder.

Was soll das nur?

Russland solle darüber nachdenken, was mit dem Friedensvertrag von Riga geschehen solle, forderte der polnische Politiker Jan Mosinskij von der Regierungspartei „Recht und Gerechtigkeit“.

Deutlichere Worte fand daraufhin Polens Vize-Justizminister Patrik Jakij:

„Die Russen müssen auch die Verantwortung dafür übernehmen, was sie in Polen getan haben.“

Andere Mitglieder der Regierungsfraktion im polnischen Sejm hatten früher bereits Reparationen von Russland gefordert. Billionen Zloty solle Moskau für die Verbrechen der Sowjetunion zahlen, hieß es.

Dass Polen im Jahr 1954 auf die Reparationen verzichtet hat, spielt für die Abgeordneten heute offenbar keine Rolle. Es wird behauptet: Der Verzicht sei überhaupt nicht rechtskräftig, weil auf Druck der Sowjetunion erklärt.

Absurd sei das, findet der russische Politologe Juri Swetlow: Die Reparationen würden jetzt Jenen abverlangt, „die die größte Last im Zweiten Weltkrieg getragen haben“.

Und der Politologe Eduard Popow vom Institut für russisches Ausland sagt, Warschau nutze die Reparationsforderungen als Kampfmittel: „Warschau rechnet ja nicht wirklich mit Reparationszahlungen, wenn es davon spricht. Für Polen ist das ein Instrument im Informationskrieg, im diplomatischen Kampf“, erklärt er.

Wiedergutmachung fordert Polen in regelmäßigen Abständen auch von Deutschland – wenn Berlin diesen Fall auch immer wieder für abgeschlossen erklärt. Auch diesmal haben Mosinskij und Jakij die Frage nach deutschen Reparationen aufgeworfen.

Hätte Polen nicht so viel Geld für den Wiederaufbau des Landes nach dem Zweiten Weltkrieg aufbringen müssen, wäre Polen heute wirtschaftlich sehr viel weiter. „Polens Bürger würden das Doppelte verdienen“, sagte der Vize-Justizminister Jakij. „Die Verantwortung dafür trägt der deutsche Staat. Darüber gibt es keine Zweifel“, sagte er weiter.

Auch Polens Premierministerin Beata Szydlo hatte bereits Reparationsforderungen an die Bundesrepublik gerichtet: Sie sollen „eine Erinnerung an die Gerechtigkeit“ sein, „an das, was Polen zusteht“. Wer dies kritisiere, solle daran denken, „was in Polen während des Krieges geschah“

Lug-info.com: „Der Übergang des Arbeitskollektivs und der Aktiva des Unternehmens „Lugansker Direktion von Ukrtelekom“ unter äußere Leitung ist nicht nur ein Beispiel für die erfolgreiche Leitung der ehemaligen Aktiva ukrainischer Unternehmen, sondern auch die Möglichkeit für unseren Staat, die Sozialpolitik im Bereich der Telefon- und Internetdienstleistungen zu realisieren“, sagte der Abgeordnete des Volkssowjets, der Vorsitzende der gesamtrepublikanischen Gewerkschaft der Beschäftigten in Bildung und Wissenschaft der LVR Oleg Kowal.

„Die Verbraucher der Republik haben die Möglichkeit, die Ausgaben für Telefon und Internet aufgrund von niedrigen Tarifen erheblich zu senken im Vergleich zu den Kosten beim ukrainischen Unternehmen“, erklärte Kowal.

Der Abgeordnete fügte hinzu, dass sich vor allem die Tarife bei internationalen Anrufen verändert haben. Die Kosten für einen Anruf in Russland betragen bei „Ukrtelekom“ 5,63 Rubel, jetzt sind es 5 Rubel.

„Die Einführung der äußeren Leitung hat unsere Bürger vor unbegründeten Preiserhöhungen für bestimmte Dienstleistungen geschützt. Die Arbeit der „Lugansker Telefongesellschaft“ und ihre Tarifpolitik bringen die für die Republik allgemeine Tendenz zur Entwicklung eines sozial orientierten Staats zum Ausdruck“, sagte Kowal.

Ukrinform.ua: Ministerpräsident Hrojsman ruft zu Verabschiedung notwendiger Reformen auf

Regierungschef Wolodymyr Hrojsman hat den Staatspräsidenten, das Parlament und das Ministerkabinett zur Einheit für die Verabschiedung der Reformen in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Rente aufgerufen.

Wir müssen uns vereinen und wichtige Entscheidungen treffen, die „unser Land endgültig ändern werden“, sagte er. Das Parlament müsse in diesem Herbst die Rentenreform, die Bildungsreform, die Gesundheitsreform, sowie eine Reihe von wirtschaftlichen Gesetzen beschließen. „Wir müssen jegliche politische Differenzen beiseite legen“, betonte Hrojsman. „Heute ist Verantwortung jeder politischen Kraft, jedes fraktionslosen Abgeordneten oder Mitglieds einer Fraktion im Parlament notwendig.“